

Dokumente

W. I. Lenin. Unbekannte Dokumente. 1891 - 1922

(Erika Segendorf und Renate Hertzfeldt)

Wir legen einige ausgewählte Dokumente vor, die dem in mehreren Folgen in der BzG vorgestellten Band mit bisher unbekanntem Lenin-Dokumenten entnommen sind.¹ Die Dokumente sind chronologisch angeordnet, die Dokumentennummer entspricht der Numerierung des russischen Bandes. Die Übersetzungen besorgten Erika Segendorf und Renate Hertzfeldt.

313

Notiz für W. M. Molotow auf einem Brief G. W. Tschitscherins
21.-23. Juli 1921

Brief G. W. Tschitscherins
21. Juli 1921

An Gen. Molotow

Werter Genosse,

am 16. Juli habe ich in Beantwortung einer Anfrage des Gen. Lenin zu der von Gen. Rothstein aufgeworfenen Frage über Handlungen der Bakuer, wobei Gen. Lenin geschrieben hatte: "Liefere Sie den fertigen Entwurf für einen Beschluß des ZK, wir stimmen dann telefonisch ab"², im Brief an Gen. Lenin vorgeschlagen, das Politbüro solle Gen. Ordshonikidse und alle Parteiorganisationen und Sowjetinstitutionen im Kaukasus anweisen, streng darauf zu achten, daß der russisch-persische Vertrag und die Direktiven des ZK und des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten über die Persienpolitik auf keinen Fall durch irgendwelche Sowjetinstitutionen oder -funktionäre bzw. durch Parteiorganisationen verletzt werden.³

Soeben übersandte man mir aus der Politverwaltung ein Telegramm aus Taschkent mit der Nachricht, daß dort ein Vertreter der persischen Sonderbrigade aus Baku eingetroffen sei, um persische Kommunisten zur Verstärkung der Brigade zur besonderen Verwendung anzuwerben. Das deutet zweifellos darauf hin, daß die Bakuer Genossen den Beschlüssen des Zentralkomitees und unserer gesamten Politik direkt zuwiderhandeln. Während wir mit Persien den Vertrag geschlossen haben und freundschaftliche Beziehungen unterhalten, werden persische Kommunisten für irgendwelche Abenteuer geworben. Ich bitte das Zentralkomitee nachdrücklich, Anweisung zu geben, daß mit solchen Abenteuern Schluß gemacht wird. Meinem vorherigen Vorschlag füge ich daher einen weiteren hinzu. Ich schlage zusätzlich vor, das Zentralkomitee möge

Gen. Ordshonikidse und alle Parteiorganisationen und Sowjetinstitutionen anweisen, das Werben für bewaffnete Einfälle in Persien oder militärische Aktionen auf persischem Territorium nicht zuzulassen...⁴

Mit kommunistischem Gruß

Tschitscherin

Notiz W. I. Lenins

Gen. Molotow!

Man muß solche Dinge rasch behandeln. Telefonisch: für Tschitscherins Vorschlag oder nicht?⁵

Ich bin für Tschitsch[eri]ns Vorsch[lag].

23.VII

Lenin

Veröffentlicht in "Iswestija ZK KPSS" Nr. 4/1990, S. 180, russ.

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2, Verz. 1, AE 27064 - Notiz W. I. Lenins Handschrift; Brief G. W. Tschitscherins - Original.

329

Brief an G. W. Tschitscherin⁶

24. Oktober 1921

Gen. Tschitscherin! Bin vollkommen mit Ihnen einverstanden. Ihr Fehler ist, daß Sie zu zaghaft sind. Man muß nicht 'reden' oder nur 'schreiben', sondern muß dem Politbüro (und zwar rechtzeitig und nicht mit Verspätung) vorschlagen:

- 1) nach Abspr[ache] mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten eine absolut unnachgiebige Person hinzuschicken,
- 2) die miesen Tschekisten zu verhaften, die Schuldigen nach Moskau zu bringen und zu erschießen.

Legen Sie das am Donnerstag dem Politbüro vor, nachdem Sie es rechtzeitig Unschlicht zur Stellungnahme gegeben haben, und leg[en] Sie das gesamte Material bei.

Man muß es verstehen, solche Dinge rasch und exakt auf den Weg zu bringen. Gorbunow muß das in der Hand haben; er m[uß] dafür verantwortlich sein; wir aber werden Sie immer unterstützen, wenn es Gorbunow gelingt, das tschekistische Gesindel erschießen zu lassen.

24./X. Lenin

Veröffentlicht in "Iswestija ZK KPSS" Nr.4/1990, S. 185, russ.

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2, Verz. 1, AE 27066 - Handschrift

337

Notiz für K. B. Radek^z

30. November 1921

Gen.Radek! Schreiben Sie mir bitte zwei Worte, was Sie davon halten, und schicken Sie es dann s o f o r t an T s c h i t s c h e r i n, da[mi]t auch er mir antwortet.⁸

30.XI Lenin

Veröffentlicht in "Iswestija ZK KPSS" Nr. 4/1990: 188, russ.

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das

Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte,

Fonds 2, Verz. 1, AE 27068 - Handschrift

350

Brief an W. M. Molotow für alle Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B)

30. Januar 1922

30./I. 1922

Genossen Molotow für alle Mitglieder des Politbüros

Ich habe soeben einen strenggeheimen Brief Tschitscherins⁹ an alle Mitglieder des P[olit]büros erhalten und gelesen. Ich denke, man darf den Gedanken Tschitscherins nicht sofort ablehnen, man muß ihn gründlich erörtern und dabei die Arbeitsergebnisse der Piljawski-Kommission¹⁰ im Blick haben und das Ausmaß aller Ansprüche und Gegenansprüche genauer abwägen.

Ich schlage vor, diese Frage am Donnerstag zu beraten, ohne etwas ins Protokoll zu schreiben, und nach der vorangegangenen Erörterung auf der Donnerstagsitzung, nachdem dann alle Mitglieder des P[olit]b[üros] befragt worden sind, endgültig zu beschließen. Möglicherweise ist der Vorschlag Tschitscherins der rationellste.

Hinsichtlich besonderer Geheimhaltungsmaßnahmen für die Übermittlung strenggeheimer Informationen schlage ich vor, einen der Parteisekretäre bei Molotow (oder Gen. Molotow selbst) mit der Kontrolle darüber zu betrauen, daß strenggeheimere Papiere zu ihm persönlich zurückkehren und von ihm persönlich verbrannt werden.

30./I. 22 Lenin

Telefonisch empfangen von L. Fotijewa

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium

von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2,

Verz. 2, AE 1105 - Handschrift von L. A. Fotijewa

351

Brief an W. M. Molotow für die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B)
31. Januar 1922

31./I.

Gen. Molotow für die Mitglieder des P[olit]b[üros]

Ich bitte darum, meinen gestrigen F[ern]sp[ruch] anlässlich des Br[iefe]s von Tschit[scheri]n als annulliert zu betrachten. Ich habe mich nicht besonders gut gefühlt. Ich habe unklar geschrieben.

Ich wollte das heute korrigieren.

Doch heute fühle ich mich noch schlechter.

Ich bitte zu beraten, könnte man nicht

(1) die Antwort an Tsch[itscheri]n bis Donnerstag vertagen,

(2) am Donnerstag nur entscheiden: daß Tschitsch[erin] und alle anderen Delegationsmitglieder bis zum 22.-23./II. ihre Vorschläge und verschiedene Kombinationen eines Beschlusses bis zu Ende durchdenken,

(3) man muß die Verantwortlichen zur Vorbereitung der Fin[anz]fragen der Genua-K[on]f[eren]z (Anleihe usw., usf.) für den 22.-23./II. festlegen.¹¹

Lenin

Bemerkungen der Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B)

Die Frage wird dem P[olit]b[üro] am 2./II. vorgelegt. W. M[olotow]

Gelesen. L. K[amenew].¹²

Für den Vorschlag des Gen. Lenin, d.h. die Sache bis Donnerstag zu vertagen.

Gegen den Vorschlag Trotzki über Rakowski.

Stalin.

Ich schließe mich Stalin an.

M. Kalinin.

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium

von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2,

Verz. 2, AE 1106, Bl. 1 - Handschriften

355

Brief an G. W. Tschitscherin

10. Februar 1922

10.II.1922

Lieber Gen. Tschitscherin!

Ich habe heute beim Lesen der "Prawda" frohlockt, - natürlich nicht wegen des Leitartikels, der ein erstklassiges Thema v e r p f u s c h t hat, - sondern wegen des Tel[e]gr[amm]s über den "Schritt" Hendersons.

Henderson ist ebenso töricht wie Kerenski, und deshalb hilft er uns.¹³

Das ist ein erster Grund zu frohlocken.

Ein zweiter: Sie müssen erkennen, wie recht ich hatte, das vom Z[entral]k[omitee] gebilligte "breite" Pr[o]g[ramm] für Genua vorzuschlagen.

Ich hoffe, daß Sie das jetzt, nach dem Schritt Hendersons, einsehen?

Wir werden ein weitestgehendes Programm in Genua vorschlagen, wobei wir *f r e u n d l i c h* hervorheben werden, daß wir kein Ultimatum stellen, *d e n n* in Genua k[ann] von einer *U n t e r - o r d n u n g* unter die Mehrheit k[eine] Rede sein, sondern nur von einer *Ü b e r e i n s t i m m u n g* aller. Nicht einverstanden? Wie Sie wollen. Wir reden auch über ein enges Pr[o]g[ramm]! (In das breite müßte noch eingefügt werden: internat[ionale] Arb[eits]gesetzgebung; Maßnahmen zum K[am]pf gegen die Arbeitslosigkeit und ä[hnlisches] m[ehr]).

Weiter. Strengeheim. Es wäre vorteilhaft für uns, wenn Genua scheitert..., doch natürlich *n i c h t* durch *u n s*. Beraten Sie das mit Litw[inow] und Joffe und geben Sie mir Bescheid. Das darf man natürlich nicht schreiben, *n i c h t* einmal in *g e h e i m e n P a p i e r e n*. S c h i c k e n Sie mir das *a l l e s z u r ü c k*, *i c h w e r d e e s v e r b r e n n e n*.¹⁴ Eine Anleihe werden wir eher ohne Genua erhalten, wenn nicht wir Genua scheitern lassen. Man muß sich schlaue Schachzüge einfallen lassen, damit das Scheitern Genuas nicht durch uns geschieht. Zum B[eispiel] könnten uns der Dummkopf Henderson und Co sehr helfen, wenn wir sie *g e s c h i c k t* anstoßen. Hat man Krassin angefordert? Hat man kontrolliert, ob er angefordert ist? Wann fährt er? Beschleunigen Sie das, *ü b e r p r ü f e n* Sie *d o p p e l t*.

Bei "denen" geht *a l l e s* in die Brüche. Völliger Zusammenbruch (Indien und s[o]w[eiter]).

Wir müssen dem Fallenden *v e r s e h e n t l i c h* einen weiteren Stoß versetzen, aber *n i c h t* eigenhändig.

Salut! Ihr Lenin

PS. Zeigen Sie das Litw[inow] und Joffe.

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium
von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2,
Verz. 2, AE 1119 - Handschrift

1 W. I. Lenin: Neiswestnyje dokumenty. 1891 - 1922. Moskau 1999. Rosspen. Vgl. BzG. 1/2000.. Zu den hier veröffentlichten Dokumenten: 107 ff.; 3/2000: 124-137; 4/2000: 101-108; 2/2001: 101-111.

2 Vgl. W. I. Lenin: Briefe, Bd. VIII: 38.

3 Am 16. Juli 1921 hatte G. W. Tschitscherin an Lenin geschrieben: "Zu der von Gen. Rothstein aufgeworfenen Frage über die Handlungen der Bakuer, die er vorschlägt, ihm zu unterstellen... Uns scheint es ungünstig und überflüssig, die Bakuer Rothstein zu unterstellen: die Beziehungen sind nicht zwischen Moskau und Baku erschwert, sondern zwischen Baku und Teheran, und wenn ein chiffriertes Schreiben nach Baku gelangt ist, kann und muß es auch nach Moskau gelangen. Rothstein kann sich immer an das Zentrum wenden, das Zentrum aber wird die Instruktionen an die Bakuer schicken. Prinzipiell lehnt man in Baku unsere Persienpolitik nicht ab. Aber es besteht die Gefahr, daß man sie behindern wird. Gen. Ordshonikidse ist diszipliniert, wenn es einen ZK-Beschluß gibt. Mir scheint es

daher in höchstem Grade wünschenswert, daß das Politbüro Gen. Ordshonikidse und alle Parteiorganisationen und Sowjetinstitutionen im Kaukasus anweist, streng darauf zu achten, daß der russisch-persische Vertrag und die Direktiven des ZK und des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten über die Persienpolitik auf keinen Fall durch irgendwelche Sowjetinstitutionen oder -funktionäre bzw. durch Parteiorganisationen verletzt werden.“

- 4 In Tschitscherins Brief sind die Worte "Meinem vorherigen Vorschlag... nicht zuzulassen" mit Bleistift umrandet, und am Rand stehen die Vermerke über die Abstimmung der Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B): "Heute das PB befragen: Lenin - dafür, Molotow - Stimment[haltung]. Kamenew - dafür. Sinowjew - +".
- 5 Auf der Grundlage der Ergebnisse der Abstimmung der Politbüromitglieder per Telefonumfrage wurde im Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 25. Juli 1921 vermerkt: Behandelt: "Über die Bestätigung der Direktive des ZK zum russisch-persischen Vertrag". Beschlossen: "Der Vorschlag des Gen. Tschitscherin wird angenommen."
- 6 Am 24. Oktober 1921 antwortete G. W. Tschitscherin auf W. I. Lenins Brief:
 "Ich habe die Frage der Schwarzmeer-Tschekisten aus dem Grunde nicht früher aufgeworfen, weil ich gehofft hatte, über unseren Bevollmächtigten dort alles zu regeln. Ich schrieb Ihnen von diesen Skandalen diesmal kurz und nicht 'exakt' mit Dokumenten, weil ich mit meinem Brief an Sie lediglich das Ziel verfolgte, einen starken Mann dorthin zu schicken, der die Zügel straff zieht. Was Strafen anbelangt, so mag derjenige, der dorthin fährt, das klären und ein Verfahren einleiten. Wir suchen jetzt einen Kandidaten, um ihn am Donnerstag nach Abstimmung mit Gen. Unschlicht vorzuschlagen."
 An das Politbüro des ZK der KPR(B) schrieb G. W. Tschitscherin am 26. Oktober 1921. In dem Brief gab er den Inhalt seines Briefes an Lenin vom 23. Oktober 1921 wieder und schlug vor, K. A. Peterson als Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten an die Schwarzmeerküste zu schicken. Das Politbüro erörterte den Brief am 27. Oktober 1921 (Donnerstag); angenommen wurde folgender von L. D. Trotzki eingebrachter Beschluß: "a) Von der Gesamtrussischen Tscheka wird der Text der Instruktionen angefordert, die die Organe der Tscheka bezüglich der Ausländer ausgegeben haben, insbesondere an die Hafens- und Grenzstädte. Die Genossen Trotzki und Stalin werden verpflichtet, sich mit diesen Instruktionen vertraut zu machen.
 b) Durch eine autoritative Kommission (oder Einzelperson), die sich an Ort und Stelle begeben muß, sind jene örtlichen Tscheka-Organe, die diese Instruktionen nicht befolgen und sich von Methoden des Jahres 18 leiten lassen, streng zur Verantwortung zu ziehen. In beiden Fällen (Entsendung einer Kommission oder einer Einzelperson) wird das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK mit der Ernennung beauftragt.
 c) Falls es bisher keine ausreichenden Instruktionen bezüglich der Ausländer gegeben hat, so wird der Gesamtrussischen Tscheka empfohlen, nach Absprache mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und dem Volkskommissariat für Außenhandel absolut klare und exakte Instruktionen auszuarbeiten und diese für die einzelnen Länder zu spezifizieren (offen feindliche Länder; Länder, mit denen wir Verträge haben; befreundete Länder u.a.).
 d) Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und das Volkskommissariat für Außenhandel achten streng darauf, daß der Apparat der Tscheka die entsprechenden Veränderungen in unserer internationalen Lage reflektiert. Auf Beratungen der drei genannten Behörden (in bestimmten Fällen unter Einbeziehung eines Vertreters des Volkskommissariats für Heereswesen) sind alle neuen Fakten auf diesem Gebiet für neue zusätzliche Instruktionen für die Organe der Tscheka auszuwerten. Gen. Gorbunow ist zu bestätigen, daß es zu seinen Obliegenheiten gehört, die Realisierung dieses Punktes zu kontrollieren, und daß er diese Angelegenheit vorschriftsmäßiger, strenger und sorgfältiger betreiben muß.
 e) Kein einziger Verstoß gegen die Instruktionen darf ungesühnt bleiben, denn nur so kann das verderbliche Partisanenunwesen beseitigt werden.
 f) Durch die Gesamtrussische Tscheka und nach Absprache mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten oder auf anderem Wege ist eine maßgebliche Regierungsmitteilung zu folgendem Thema herauszugeben: Die Sowjetrußland feindliche internationale Presse verbreitet Gerüchte, daß es wegen der Tscheka unmöglich ist, geschäftliche Beziehungen mit Sowjetrußland zu unterhalten; die

Regierung geht sorgfältig allen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Verhalten der Organe der Tscheka gegenüber Ausländern nach; einige solcher Fälle haben sich bestätigt; die Regierung hat unverzüglich energische Maßnahmen getroffen: sowohl Bestrafung der Schuldigen als auch genauere und strengere Instruierung der Aufsichtsorgane in bezug auf Ausländer; die Folgen der getroffenen Maßnahmen werden sich in allernächster Zukunft zeigen.

Die Gesamtrussische Tscheka und das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten werden beauftragt, einen gemeinsamen Vorschlag zu machen, in wessen Namen diese Regierungsmitteilung veröffentlicht werden soll. Deren Text ist vorab den Genossen Trotzki und Kamenew zur Kenntnis zu bringen.

g) Gen. Peterson wird als Vertreter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten nach Noworossisk geschickt; er wird verpflichtet, sofort nach der Ankunft und der Untersuchung der Umstände dem Zentrum den Entwurf einer Instruktion vorzulegen, die mit der Gesamtrussischen Tscheka an der Schwarzmeerküste abgestimmt wurde und die die Möglichkeit falscher Behandlung von Ausländern ausschließt." Der Brieftext steht auf folgendem Schreiben von G. W. Tschitscherin vom 23. Oktober 1921:

"Sehr geehrter Wladimir Iljitsch,

es ist völlig unmöglich, gute Beziehungen zur Türkei zu unterhalten, solange die jetzigen Aktionen der Sonderabteilungen und überhaupt der Tschekisten an der Schwarzmeerküste und am Kuban fort dauern. Mit Amerika, Deutschland und Persien ist es deswegen schon zu einer Reihe von Konflikten gekommen. Mit den Hoover-Leuten, die über Noworossisk reisen wollen, wird es laufend Skandale geben, wenn dort alles beim alten bleibt. Ich habe über Gen. Dawtjan immer wieder die Aufmerksamkeit der Gesamtrussischen Tscheka auf diese Umstände gelenkt und am 9. Oktober unter Nr. 11/5240 an Gen. Unschlicht geschrieben, aber ohne jedes Resultat.

Am 3. August haben Agenten der Gesamtrussischen Tscheka in Armawir den diplomatischen Kurier der türkischen Botschaft Feridun-Bei verhaftet und die Siegel seines Diplomatengepäcks erbrochen, wobei man ihn auf die unzulässigste Art und Weise behandelte. Noch schlimmer ist es dort vorher dem Mitarbeiter der türkischen Botschaft Isset-Ismet ergangen. Ich habe darüber offiziell an die Gesamtrussische Tscheka geschrieben, habe viele Male mit Gen. Dawtjan darüber gesprochen, bisher aber keinerlei Antwort erhalten. Die dortigen Organe der Tscheka schenken dem Zentrum offenbar überhaupt keinerlei Beachtung und halten es nicht einmal für nötig, ihm zu antworten. Die Gesamtrussische Tscheka hat mich nicht einmal über den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit informiert. Mit Deutschland hat es bereits einen großen Skandal gegeben im Gefolge der von der Noworossisker Sonderabteilung auf einem deutschen Schiff auf See gewaltsam vorgenommenen Durchsuchung und der gegen den Protest der Deutschen erfolgten Festnahme einiger Passagiere durch unsere Tschekisten. Die Regierung mußte sich bei Deutschland entschuldigen, was die dortigen Tschekisten völlig kalt ließ. Ein amerikanischer Zerstörer mit einigen Hoover-Leuten an Bord wurde von Noworossisker Tschekisten auf See gestoppt und durchsucht, wobei sich diese gegenüber den Amerikanern äußerst grob benahmen. Als der Bevollmächtigte des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Noworossisk an Bord des amerikanischen Zerstörers gehen wollte, um die Amerikaner zu begrüßen, hinderten die am Ufer stehenden Agenten der Tscheka unseren Bevollmächtigten unter den Augen der Amerikaner in gröbster Form am Betreten des Zerstörers. Nachdem die Amerikaner ans Ufer gekommen waren, protestierten sie gegen das Benehmen der Tschekisten, das einen äußerst niederschmetternden Eindruck auf sie gemacht hatte. Seitens der Türken erhalte ich dauernd Beschwerden über das rücksichtslose Schalten und Walten der Sonderabteilungen und der Tschekisten überhaupt in Tuapse, über die Durchsuchung von Kriegsschiffen, die Beschließung türkischer Schiffe und die absolut unzulässige Behandlung türkischer Amtspersonen, insbesondere des türkischen Konsuls in Tuapse, Sabri-Bei, eines persönlichen Freundes Mustafa Kemals. Wenn die Sonderabteilungen befürchten, daß die Türken Schmuggel treiben, so hat der türkische Botschafter nichts gegen Isolierungsmaßnahmen, er protestiert aber entschieden gegen die Durchsuchung von Kriegsschiffen und gegen die Beleidigungen, von denen diese Durchsuchungen seitens der politisch ungebildeten Tschekisten begleitet sind. In Noworossisk wurde in einem ähnlichen Fall die türkische Flagge durch Tschekisten beleidigt. Türkischen Felukenhändlern, die (manchmal ohne es zu wollen, infolge von Sturm) in diese Häfen einlau-

fen, werden die Waren einfach entschädigungslos abgenommen, selbst in den Fällen, da die Händler Warenaustausch mit örtlichen Agenten des Volkskommissariats für Außenhandel betreiben. Der türkische Botschafter hat mich mehrmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die von unseren Tschekisten bis aufs Hemd ausgeplünderten türkischen kleinen Kaufleute, wenn sie nach Kleinasien zurückkommen, eine ganz schlechte Meinung von Sowjetrußland verbreiten, wodurch sich die Stimmung der kleinbürgerlichen Massen uns gegenüber verschlechtert. Über die Frage der Felukenhändler habe ich viele Male mit den Genossen Leshawa und Krassin gesprochen, aber die Versuche des Außenhandels, diese Frage zu regeln, haben zu nichts geführt, da die Agenten der Tscheka an Ort und Stelle auf nichts Rücksicht nehmen. Zur Zeit sind die Felukenhändler weniger geworden aus dem einfachen Grunde, weil die Türken uns nach all diesen Vorkommnissen für Räuber und Piraten halten. Erst kürzlich, als der Sekretär des örtlichen Militärkommandanten, Karzew, nachts in Begleitung Bewaffneter bei Sabri-Bei eindrang und ihn sowie den dort befindlichen Hauptmann Risa-Bei aus der Moskauer Botschaft mehrfach beleidigte, und als dieser Karzew dafür verhaftet wurde, verfügte die örtliche Sonderabteilung seine sofortige Freilassung, und der türkische Konsul blieb ohne Satisfaktion. Die Schwarzmeer-Tschekisten entzweien uns der Reihe nach mit allen Staaten, deren Vertreter in ihren Aktionsradien geraten. Die politisch ungebildeten Agenten der Tscheka, die über unbegrenzte Macht verfügen, halten sich an keinerlei Regeln.

Der Bevollmächtigte des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Tuapse und Noworossisk, Gen. Tomson, hat vergeblich versucht, die Lage zu verbessern. Die Tschekisten hören überhaupt nicht auf ihn und versuchen, ihn durch Drohungen einzuschüchtern. Seine Bemühungen, dagegen anzukämpfen, haben zu nichts geführt. Er fürchtet, dort verhaftet oder Opfer einer Denunziation zu werden.

Gen. Mogiljowski, der an der Spitze der Auslandsabteilung der Tscheka steht, hat nicht die geringste Absicht gezeigt, die Lage zu ändern. Ich habe Gen. Unschlicht vorgeschlagen, wenn die Tscheka Gen. Tomson nicht vertraut, eine andere Person von hier zu ernennen und sie mit Vollmachten der Gesamtrussischen Tscheka auszustatten, damit man dort auf sie hört. Die Gesamtrussische Tscheka beläßt jedoch alles beim alten. Ein Teil der Lebensmittelladungen der Hoover-Leute geht im Winter über Noworossisk, und wenn nichts unternommen wird, stehen uns bezüglich der Amerikaner die größten Unannehmlichkeiten bevor. Gerade dieser Umstand zwingt mich dazu, mich an Sie zu wenden. Die Gesamtrussische Tscheka gibt stets zur Antwort, sie habe dort bereits einen Apparat. Aber diesen Apparat kennen wir. Wenn die Gesamtrussische Tscheka Gen. Tomson nicht glaubt, so haben wir doch eine Menge Erklärungen ausländischer Vertreter zu diesen Fakten. Meine Bitte besteht darin, daß man jemanden, bei dem man sich voll darauf verlassen kann, daß er gegenüber Ausländern derartige Handlungen nicht zuläßt, mit Vollmachten der Gesamtrussischen Tscheka nach Vereinbarung mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten dorthin schickt. Wichtig ist vor allem, daß diese Person nicht zum abgekapselten Kreis von Spezialisten der Sonderabteilungen gehört, die alles verachten, was außerhalb ihres behördlichen Standpunktes liegt. Ganz zu schweigen von der Türkei, die Beziehungen zu Amerika sind zu wichtig, als daß man angesichts der heutigen Situation in diesen Häfen gleichgültig bleiben könnte.

Mit kommunistischem Gruß Georgi Tschitscherin"

Eine gekürzte Fassung dieses Beschlusses ist in dem Buch "W. I. Lenin und die Gesamtrussische Tscheka", 2. Aufl., Moskau 1987: 487, russ., enthalten.

- 7 Die Notiz befindet sich auf dem Brief des Korrespondenten der "United Press" E. Gullinger an W. I. Lenin vom 28. November 1921. Der Korrespondent teilte unter Berufung auf das Weiße Haus mit, daß die amerikanische Seite beabsichtige, Rußland und Deutschland zur Washingtoner Konferenz zwecks Ratifizierung ihrer Beschlüsse einzuladen, und bat um Lenins Meinung dazu.

Die Washingtoner Konferenz zur Begrenzung der Seerüstungen, zu Fragen des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens fand vom 12. November 1921 bis 6. Februar 1922 statt. Vertreter Sowjetrußlands waren nicht eingeladen, deshalb hieß es in der Note vom 19. Juli 1921: "Die Regierung Rußlands erklärt feierlich, daß sie keine Beschlüsse der genannten Konferenz anerkennen wird, da diese Beratung ohne sie stattfindet." (Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 4, Moskau 1960: 225, russ.)

8 G. W. Tschitscherin antwortete W. I. Lenin am 1. Dezember 1921: "Ich glaube, das Gerücht über unsere Einladung wurde absichtlich in die Welt gesetzt, um Frankreich einzuschüchtern. Solche großen politischen Veränderungen erfolgen nicht so plötzlich. Überhaupt wurde jetzt eine Menge amerikanischer Enten losgelassen. Briand hat bereits ein ihm zugeschriebenes Interview über englische Panzerschiffe für den Sardinienfang dementiert.

Aber die Tatsache, daß Gerüchte über unsere Einladung möglich sind, zeigt, wie rasch wir uns dem Ziel nähern. Die Masse des amerikanischen Kleinbürgertums ist leidenschaftlich an Abrüstung interessiert, ihr Pazifismus hat die republikanische Regierung angesteckt, und nun ist klargeworden, daß ohne Abstimmung mit uns Abrüstung nicht möglich ist.

Für das Wichtigste halte ich Lapinskis Nachricht, daß im Januar eine Konferenz zu russischen Fragen stattfinden soll. Das bedeutet dann Verhandlungen mit allen, denn es liegt auf der Hand, daß sie sich ohne uns nur eine Blamage holen werden.

Gullinger ist der gefährlichste unter den Korrespondenten, er muß immer lügen und Sensationen verbreiten. Ein richtiger Nosdrjow. Es ist überhaupt unangebracht, den einen zu empfangen und andere zu brüskieren. Zum richtigen Zeitpunkt sollten Sie den Vertretern großer amerikanischer Zeitungen und Zeitungsgruppen ein Kollektivinterview geben. Doch ich glaube, daß die Lage noch ungenügend Gestalt angenommen hat und daß uns nicht alles bekannt ist. Jetzt wäre es riskant." (Iswestija ZK KPSS, Nr. 4/1990, S. 188, russ.)

Radeks Antwort an Lenin konnte nicht aufgefunden werden.

9 Der von W. I. Lenin erwähnte Brief G. W. Tschitscherins vom 30. Januar 1922 galt der Ausarbeitung der Position der Sowjetregierung auf der Genua-Konferenz im Zusammenhang mit der ultimativen Forderung Frankreichs, die Resolution der Konferenz von Cannes anzuerkennen;

Tschitscherin schlug vor: "1) angesichts des Ultimatums, auf der Konferenz die Resolution von Cannes anzuerkennen; 2) in voller Übereinstimmung mit dieser (Resolution - d. Red.) Gegenansprüche zu präsentieren, die alles tilgen (das ist möglich), jedoch im weiteren Verlauf der Verhandlungen, wenn nötig, eine große Anleihe durch Reduzierung unserer Gegenansprüche zu kaufen, und, wenn es sonst keine Anleihe geben wird, unsere Gegenansprüche sogar niedriger als deren Ansprüche anzusetzen, um dann über die Differenz zu verhandeln und sie in Form einer 'Konversion' in eine neue Anleihe für uns zu verwandeln". (RZCHIDNI, F. 5, Verz. 1, AE 1952, Bl. 25-26) Am gleichen Tag sandte Tschitscherin Lenin einen zweiten Brief, in dem er die Haltung der englischen Regierung darlegte: "England ist zu keinem ernsthaften ökonomischen Übereinkommen und noch weniger zu einem endgültigen Frieden mit uns bereit, wenn wir nicht die Verpflichtungen gegenüber Privatpersonen anerkennen, wenigstens im Prinzip, als auch praktisch durch unsere Gegenansprüche, die Konversion und eine partielle reale Zahlung in einigermassen ferner Zukunft." (ebd., AE 2061, Bl. 5). Am folgenden Tag sandte Lenin Molotow einen Brief, in dem er den oben veröffentlichten Brief annullierte (siehe Dok. 351).

Die Konferenz von Cannes fand vom 6. bis 13. Januar 1922 in der französischen Stadt Cannes statt. Es nahmen Vertreter der Länder teil, die zum Obersten Rat der Entente gehörten (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan). Es wurde beschlossen, in Genua (Italien) eine Konferenz zu Wirtschafts- und Finanzfragen mit dem Ziel einzuberufen, Maßnahmen für den ökonomischen Wiederaufbau Zentral- und Osteuropas zu beraten. Die Resolution der Konferenz von Cannes deklarierte die Gleichberechtigung der verschiedenen in der Welt existierenden Eigentumssysteme, politischen und ökonomischen Formen und forderte gleichzeitig die Rückgabe des nationalisierten ausländischen Eigentums und die Anerkennung der Schulden früherer Regierungen (siehe: Dokumente der Außenpolitik der UdSSR. M., 1961, Bd. 5:58-59, russ.)

10 S. S. Piljowski arbeitete seit dem Oktober 1921 im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR, er war Referent und Mitglied der Kommission des Rats der Volkskommissare zur Ausarbeitung praktischer Fragen, die mit Verhandlungen über Schulden Rußlands in Zusammenhang stehen. 1922 war er Sekretär der Delegation der RSFSR auf der Genua-Konferenz.

11 Am 1. Februar 1922 schrieb W. I. Lenin und sandte an W. M. Molotow zur Beratung für die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) Direktiven für den Stellvertreter des Leiters und alle Mitglieder der Delegation der RSFSR zur Genua-Konferenz (siehe: Werke, Ergänzungsband Oktober 1917 - März 1923: 414-416), die offensichtlich von den Mitgliedern des Politbüros auf telefonische Umfrage bestä-

- tigt wurden. Im Protokoll des Politbüros vom 3. Februar steht: Behandelt: "Über Verhandlungen mit Genua (Vorschlag des Gen. Lenin)". Beschlossen: "Anzunehmen". (RZCHIDNI, F.17, Verz. 3, AE 260, Bl. 1.)
- 12 Punkt 3 wurde von L. B. Kamenew angestrichen mit dem Vermerk: "Das ist besonders wichtig. L. K."
- 13 Die "Prawda" vom 10. Februar 1922 enthielt eine Meldung über ein Schreiben des Führers der Arbeiterpartei Großbritanniens A. Henderson an die Regierung, in dem er vorschlug, die Frage der Unabhängigkeit für Georgien auf die Tagesordnung der Genua-Konferenz zu setzen. Auf diese Meldung reagierte auch L. D. Trotzki mit einem Brief an das Politbüro, in dem er vorschlug, in der Presse gegen die Initiative Hendersons Stellung zu nehmen. W. I. Lenin stimmte Trotzki nicht zu, sondern empfahl den Mitgliedern des Politbüros, in den "Iswestija WZIK" Hendersons "'glücklichen Einfall', das Konferenzprogramm zu erweitern", zu unterstützen, "wobei es sich selbstverständlich nicht nur um Georgien, sondern um alle Nationen und Kolonien handeln mußte." (The Trotsky papers. 1917-1922. V. II: 680).
- 14 In der Antwort auf den oben veröffentlichten Brief schrieb G. W. Tschitscherin am 10. Februar 1922 an W. I. Lenin: "Die Frage bezüglich Georgien kann man keinesfalls so stellen: 'Sie haben Indien, wir haben Georgien'. Man muß sagen: 'in Georgien haben die Arbeiter die Konterrevolution davongejagt, wie sie in Rußland die Konterrevolution davongejagt haben; auf Rußland wagen Sie schon nicht mehr Druck auszuüben, aber auf das kleine Grusinien wagen Sie es; Berufungen auf die Selbstbestimmung sind aus Ihrem Munde heuchlerisch, denn Indien usw.'"
- Das Schreiben des Idioten Henderson an Ll[o]yd George ist noch lange kein Schreiben Ll[o]yd Georges an uns. Wenn Ll[o]yd George uns wegen Georgien ansprechen wird, dann werden wir in der Antwort auch von Amritsar reden. Doch wenn wir zuerst über Amritsar zu sprechen beginnen, werden wir einfach unsere Beziehungen kaputt machen." Hinsichtlich der Genua-Konferenz schrieb Tschitscherin: "Ich bin kein Wirtschaftsfachmann. Aber alle Wirtschaftsfachleute sagen, daß wir unumgänglich, dringendst die Hilfe des Westens brauchen, eine Anleihe, Konzessionen, Wirtschaftsabkommen. Ich muß ihnen glauben. Aber wenn dem so ist, muß man nicht streiten, sondern verhandeln... Sie irren sich zweifellos, wenn Sie meinen, wir bekämen eine Anleihe ohne Genua, wenn wir uns mit England ver-zanken. Anleihen werden nicht von den Regierungen mit ihren festen Richtlinien gewährt, sondern von Kapitalisten, von Geschäftsleuten. Gegenwärtig sehen sie in uns die bestmögliche Regierung unter den in Rußland gegebenen Bedingungen. Doch wenn wir in Genua Porzellan zerschlagen, werden sie vor uns zurückschrecken. Ein breites bürgerlich-pazifistisches Programm wird sie nicht abstoßen, uns dagegen stärken; doch zeigen wir uns naiv, so wird uns das diskreditieren. Wenn aber in Genua deutlich zwei unversöhnliche Welten zu Tage treten, so würde ein solcher Bruch jegliche Wirtschaftsvereinbarungen unmöglich machen." (RZCHIDNI, F. 5, Verz. 1, AE 1952, Bl. 38-39).